

UN High-Level Meeting zu HIV/Aids 2026

Positionen der deutschen Zivilgesellschaft: Zentrale Argumente und Forderungen

Executive Summary

Das Hochrangige Treffen der Vereinten Nationen zu HIV/Aids 2026 (UNHLM) findet in einem zunehmend angespannten geopolitischen Umfeld statt. [Bereits die Verhandlungen zur Modalitätenresolution haben gezeigt](#), dass zentrale Errungenschaften der globalen HIV-Arbeit nicht mehr selbstverständlich sind. Das UNHLM 2026 ist damit nicht nur eine gesundheitspolitische Konferenz, sondern auch ein wichtiger Gradmesser für die Zukunft menschenrechtsbasierter und evidenzgeleiteter globaler Gesundheitspolitik.

a) Benennung von Schlüsselgruppen und menschenrechtsbasierte Sprache verteidigen

Im Rahmen der Verhandlungen zur Modalitätenresolution beantragte Russland, Schlüsselgruppen im Kontext der HIV-Epidemie nicht explizit zu benennen. 33 Staaten unterstützten diesen Antrag, weitere 29 Staaten enthielten sich.¹ Gerade die ausdrückliche Benennung von Schlüsselgruppen bleibt jedoch zentral für zielgerichtete Prävention, Versorgung und politische Rechenschaftspflicht. Die politische Erklärung des UNHLM muss daher bestehende menschenrechtliche Standards sichern und die explizite Benennung besonders betroffener Gruppen beibehalten. Rückschritte bei Community-Einbindung, Partizipation, Antidiskriminierung, Gendergerechtigkeit und SRHR würden die Grundlage evidenzbasierter HIV-Politik schwächen.

b) Beteiligung von Zivilgesellschaft und Communitys absichern

Ein weiterer Änderungsantrag Russlands zielte darauf ab, die Beteiligung der Zivilgesellschaft am UNHLM stärker zu reglementieren. 28 Staaten unterstützten diesen Vorschlag, 32 Staaten enthielten sich. Dieses Ergebnis verdeutlicht den zunehmenden Druck auf zivilgesellschaftliche Räume innerhalb multilateraler Prozesse. Dabei war die globale HIV-Antwort gerade deshalb erfolgreich, weil Communitys und Menschen mit HIV von Beginn an eine zentrale Rolle in Prävention, Versorgung, Monitoring und politischer Interessenvertretung übernommen haben. Eine glaubwürdige und wirksame HIV-Politik bleibt deshalb auf die aktive Beteiligung von Communitys und zivilgesellschaftlichen Organisationen angewiesen. Transparente und inklusive Beteiligungsprozesse sind hierfür zentral.

c) Die politische Bedeutung der Abstimmung zur Modalitätenresolution

Nach den Abstimmungen über die russischen Änderungsanträge wurde über die Modalitätenresolution abgestimmt: 136 Staaten stimmten für die Resolution, 11 Staaten enthielten sich², während, wenig überraschend, Russland, Belarus und Nordkorea gegen die Resolution stimmten. Auffällig ist, dass zahlreiche Staaten, die zuvor russische Änderungsanträge unterstützt hatten, sich später auch bei der finalen Abstimmung

¹ [Enthalten haben sich](#): Angola, Bangladesch, Barbados, Brunei Darussalam, China, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Äthiopien, Ghana, Guyana, Indonesien, Laos (Lao PDR), Libanon, Lesotho, Liberia, Malaysia, Malediven, Mauritius, Mosambik, Myanmar, Nepal, Pakistan, Singapur, Sri Lanka, Suriname, Trinidad und Tobago, Tunesien, Türkei, Uganda.

² [11 Staaten enthielten sich](#) der der Abstimmung zur Resolution: Algerien, Burundi, Ägypten, Jemen, Libyen, Mauretanien, Nigeria, Saudi-Arabien, Sudan, die Vereinigten Staaten und Iran. Von den elf Staaten, die sich bei der finalen Abstimmung über die Modalitätenresolution enthielten, hatten zuvor zehn bereits den russischen Änderungsantrag Schlüsselgruppen nicht zu benennen unterstützt. Die einzige Ausnahme waren die USA

enthielten. Dies verdeutlicht die zunehmenden Spannungen innerhalb multilateraler Gesundheitsprozesse und die Schwierigkeit, bestehende menschenrechtliche Standards international abzusichern. Umso wichtiger werden frühzeitige diplomatische Abstimmungen und strategische Allianzen der Bundesregierung mit gleichgesinnten Staaten, insbesondere auch mit Partnerstaaten des Globalen Südens.

Das UNHLM 2026 als Bewährungsprobe für menschenrechtsbasierte HIV-Politik

Hintergrund

- Das UNHLM 2026 findet in einem zunehmend angespannten geopolitischen Umfeld statt:
 - wachsender Druck auf multilaterale Prozesse,
 - zunehmende Polarisierung innerhalb der Vereinten Nationen entlang politischer Konfliktlinien,
 - Angriffe auf Menschenrechte, geschlechtergerechte Politik und akzeptierte Sprachregelungen in Bezug auf Gender, SRHR, die Benennung von Schlüsselgruppen etc.
 - Einschränkungen und Zurückdrängen zivilgesellschaftlicher Teilhabe
- Bereits die Verhandlungen zur Modalitätenresolution haben gezeigt, dass zentrale Errungenschaften der globalen HIV-Arbeit nicht mehr selbstverständlich sind. Konflikte um die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei dem UNHLM³, die Benennung von Schlüsselpopulationen⁴, den SDGs, sowie geschlechter- und menschenrechtsbezogene Sprache verdeutlichen eine zunehmende politische Polarisierung. <https://www.aids-kampagne.de/aktuelles/2026-04-27-modalitaetenresolution-un-hlm-hiv-2026>
- Neben Ablehnungen der Modalitätenresolution durch Russland, Belarus und Nordkorea haben sich elf Staaten der Abstimmung enthalten⁵
- Das UNHLM geht damit weit über eine gesundheitspolitische Fachdebatte hinaus. Es ist ein zentraler politischer Aushandlungsraum über:
 - Menschenrechte,
 - gesellschaftliche Teilhabe,
 - Wahrnehmung/Verleugnung von Realitäten,
 - evidenzbasierte Politik,
 - und die Zukunft multilateraler Zusammenarbeit.

Forderungen:

- Deutschland sollte gegen die zunehmende Politisierung des UNHLM ein klares Zeichen setzen und sich klar für eine menschenrechtsbasierte, evidenzgeleitete und multilaterale HIV-Politik einsetzen.

³ **Der Antrag Russlands die Teilnahme der Zivilgesellschaft bei den UNHLM zu reglementieren:** 28 Länder unterstützten den Antrag Russlands; 32 Länder enthielten sich; 77 Länder stimmten gegen die Veränderungsvorschläge Russlands

⁴ **Der Antrag Russlands Schlüsselgruppen nicht zu benennen wurde von 33 Ländern unterstützt (in favour):** Algerien, Bahrain, Belarus, Burkina Faso, Burundi, Zentralafrikanische Republik, Demokratische Volksrepublik Korea, Ägypten, Eritrea, Gambia, Guinea, Iran, Kasachstan, Kuwait, Kirgisistan, Libyen, Mali, Mauretanien, Namibia, Niger, Nigeria, Oman, Katar, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Senegal, Somalia, Sudan, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Republik Tansania, Jemen, Sambia, Simbabwe. Enthalten haben sich folgende 29 Länder: Angola, Bangladesch, Barbados, Brunei Darussalam, China, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Äthiopien, Ghana, Guyana, Indonesien, Laos (Lao PDR), Libanon, Lesotho, Liberia, Malaysia, Malediven, Mauritius, Mosambik, Myanmar, Nepal, Pakistan, Singapur, Sri Lanka, Suriname, Trinidad und Tobago, Tunesien, Türkei, Uganda.

⁵ **Abstimmungsverhalten zur Modalitätsresolution:** 136 Länder stimmten für die Resolution; 3 Länder stimmten gegen die Resolution: Russland, Weißrussland und Nordkorea und 11 Länder enthielten sich der Abstimmung: Algerien, Burundi, Ägypten, Jemen, Libyen, Mauretanien, Nigeria, Saudi-Arabien, Sudan, die Vereinigten Staaten und Iran. Von den elf Staaten, die sich bei der finalen Abstimmung über die Modalitätenresolution enthielten, hatten zuvor zehn bereits den russischen Änderungsantrag, Schlüsselgruppen nicht zu benennen unterstützt („In Favour“). Die einzige Ausnahme waren die USA. Die Überschneidungen waren: Algerien, Burundi, Ägypten, Jemen, Libyen, Mauretanien, Nigeria, Saudi-Arabien, Sudan und Iran.

- Die Ergebnisse des UNHLM dürfen nicht zu einem Rückschritt in Bezug auf menschenrechtsbasierte Sprache, Teilhabe und evidenzbasierter HIV-Politik werden.
- Die politische Erklärung muss bestehende menschenrechtliche Verpflichtungen stärken und darf erreichte Fortschritte nicht relativieren oder abschwächen.
- Es gilt deutlich zu machen, dass ein menschenrechtsbasierter Ansatz mit der Benennung und Teilhabe von Schlüsselgruppen auch fachlich geboten ist. Die Zurückweisung dieser evidenzbasierten Erkenntnis wurzelt in Minderheitenfeindlichkeit.

Strategische Allianzen und multilaterale Verantwortung

Hintergrund

Die aktuellen Verhandlungen zeigen deutlich, dass zentrale Elemente der globalen HIV-Arbeit, darunter der Bezug auf Menschenrechte und politische Verpflichtungen (SDGs), die Beteiligung von Communitys sowie die explizite Benennung von Schlüsselpopulationen, zunehmend politisch umkämpft sind. Vor diesem Hintergrund reicht eine rein nationale Positionierung Deutschlands nicht aus. **Entscheidend wird sein, frühzeitig strategische Allianzen mit gleichgesinnten Mitgliedstaaten aufzubauen, um ausreichend politische Schlagkraft in den Verhandlungen zu erwirken.** Besonders wichtig ist dabei aus unserer Sicht die enge Zusammenarbeit mit ausgewählten (progressiven) afrikanischen Staaten und anderen Partnerländern des Globalen Südens. Viele der zentralen Debatten rund um HIV, Zugang zu Gesundheitsversorgung, den Stellenwert und Beitrag von und zu Community-Systemen sowie nachhaltige Finanzierung betreffen unmittelbar Länder in Afrika.

Forderungen:

- Deutschland sollte bestehende Partnerschaften stärken und aktiv diplomatische Allianzen aufbauen, insbesondere mit afrikanischen Staaten, um:
 - evidenz- und menschenrechtsbasierte sowie multilaterale Ansätze zu verteidigen und zu stärken,
 - Die Verwässerung menschenrechtbasierter Sprache und die Vermeidung eines Bezugs zu internationalen Verpflichtungen (insbesondere zu den SDGs) zu verhindern,
 - progressive Positionen innerhalb der politischen Erklärung zu erhalten,
 - sowie die Beteiligung von Communitys und Zivilgesellschaft abzusichern.
- Notwendig ist ein partnerschaftlicher und dialogorientierter Ansatz, der bestehende Machtasymmetrien reflektiert und die Perspektiven besonders betroffener Länder ernst nimmt.
- Community- und Zivilgesellschaftsperspektiven sollten stärker in diplomatische Abstimmungsprozesse einbezogen werden, da sie mit Blick auf effektive Maßnahmen essentiell sind

Menschenrechte, Communitys und Beteiligung verteidigen

Hintergrund

- Die globale HIV-Arbeit war erfolgreich, weil sie maßgeblich von Menschen mit HIV, der durch sie repräsentierten Communitys und Schlüsselgruppen sowie von zivilgesellschaftlichen Bewegungen getragen wurde.
- Menschen mit HIV und Angehörige der besonders bedrohten Schlüsselgruppen haben wichtige Strukturen geschaffen. Sie leisten grundlegende und zentrale Arbeit in der Identifikation und Beseitigung von Engpässen, in Prävention, Versorgung, Monitoring, Datenerhebung, politischer Repräsentation, sowie der Erreichbarkeit marginalisierter Gruppen.
- Gerade in Kontexten, in denen staatliche Systeme Menschen ausschließen, diskriminieren und kriminalisieren, bleiben Community-Strukturen häufig die wichtigste Schnittstelle zu

einer Gesundheitsversorgung für besonders vulnerable Gruppen im Sinne des Universal Access.

- Deutschland sollte sich weiterhin klar für die Beibehaltung bestehender menschenrechtsbasierter Sprache einsetzen.
- Im Hinblick der vielfach beobachteten Destruktion wissenschaftlicher Erkenntnisse muss die politische Erklärung weiterhin evidenzbasiert bleiben
- Besonders vulnerable Gruppen und deren Bedarfe müssen weiterhin explizit benannt werden.
- Menschenrechte, Entkriminalisierung und Schutz vor Diskriminierung müssen zentrale Bestandteile der Erklärung bleiben.
- Positiv hervorzuheben ist, dass Deutschland eine offizielle Delegation unter Beteiligung der Zivilgesellschaft eingerichtet hat. Dies sendet ein wichtiges Signal für einen inklusiven und partizipativen Ansatz. Deutschland repräsentiert dieses Modell, das auch hierzulande große Erfolge erzielt hat.

Forderungen

- Deutschland sollte sich weiterhin klar für die Beibehaltung bestehender menschenrechtsbasierter Sprache einsetzen.
- Die politische Erklärung muss evidenzbasiert bleiben und besonders betroffene Gruppen weiterhin explizit benennen. Menschenrechte, Entkriminalisierung und Schutz vor Diskriminierung müssen zentrale Bestandteile der Erklärung bleiben.
- Deutschland sollte den eingeschlagenen partizipativen Ansatz im weiteren Prozess aktiv fortführen und stärken. Dazu gehören transparente Konsultationen mit Communitys und CSOs im Vorfeld und während des UNHLM sowie ein regelmäßiger Austausch zwischen Bundesregierung und Zivilgesellschaft während der Verhandlungen in New York.

UNAIDS schützen und multilaterale HIV-Politik stärken

Hintergrund

- Die aktuellen Debatten um die Zukunft von UNAIDS finden in einer Phase tiefgreifender Unsicherheit multilateraler Gesundheitsgovernance statt. Im Rahmen des UN80-Prozesses und laufender Reformdiskussionen steht zunehmend die Frage im Raum, welche Funktionen von UNAIDS möglicherweise von anderen Akteuren übernommen werden könnten.
- Dabei muss klar benannt werden: UNAIDS erfüllt zentrale politische, koordinierende und normative Funktionen in Bezug auf die Formulierung von wissenschaftlich belegten Standards und die Identifikation von Best-Practice-Beispielen, die derzeit von keiner anderen Institution vollständig ersetzt werden können. Besonders hervorzuheben ist dabei die einzigartige Rolle von UNAIDS innerhalb des UN-Systems hinsichtlich der Beteiligung von Communitys und Zivilgesellschaft. Keine andere UN-Organisation verfügt über eine vergleichbare formal verankerte Beteiligung von Communitys im Governance-System.
- Die Mitsprache von Menschen mit HIV und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ist integraler Bestandteil der UNAIDS-Strukturen und ein zentraler Grund für die politische Legitimität und menschenrechtsbasierte Ausrichtung der globalen HIV-Arbeit.
- Gerade die Verankerung im ECOSOC- und UN-System verleiht UNAIDS eine politische Legitimität und normative Schlagkraft, die über die Rolle eines Finanzierungsinstruments weit hinausgeht. Dies betrifft insbesondere die Verteidigung menschenrechtsbasierter Ansätze, die Sichtbarkeit von Schlüsselpopulationen, die Sicherung communitybasierter Perspektiven, sowie die politische Rechenschaftspflicht im HIV-Bereich.
- Besonders kritisch wäre ein Verlust unabhängiger communitygeleiteter Monitoring-Strukturen und detaillierter Daten zu epidemiologischen Entwicklungen des globalen HIV-Geschehens, wie sie durch UNAIDS sichergestellt werden: Diese Daten sind zentral zur Entwicklung zielgerichteter HIV-Programme, wie sich durch andere Institutionen, wie

bspw. durch den Globalen Fonds umgesetzt werden. Ohne diese Angaben wüssten wir kaum etwas über aktuelle Entwicklungen der globalen HIV-Epidemie.

- Gleichzeitig wächst die Sorge, dass Reform- und Sparprozesse zu stärkerer politischer Einflussnahme auf Datensysteme und Beteiligungsstrukturen führen könnten. Dies könnte zukünftig dazu führen, dass Daten zur Existenz bestimmter Gruppen und deren Bedarfe nicht mehr erhoben werden.
- Der Sachverhalt, dass einige Länder (bspw. Brasilien, die Philippinen, Tschad und Südafrika) zunehmend selbst zur finanziellen Unterstützung von UNAIDS-Länderbüros beitragen oder eine entsprechende Unterstützung erwägen, belegt die Bedeutung der Arbeit von UNAIDS auf Länder- und auf regionaler Ebene.
- Durch die Arbeit von UNAIDS in den Länderbüros wurden Schnittstellen geschaffen, die es unterschiedlichen Akteuren ermöglichte, Defizite anzusprechen und zu beseitigen, was einen maßgeblichen Mehrwert darstellt: ein Mehrwert, der ohne die durch die Vereinten Nationen gegebenen Strukturen nicht hätte erreicht werden können.

Forderungen

- Deutschland sollte sich für den Erhalt aufgeschlüsselter und unabhängiger Datenerfassung im HIV-Bereich, für communitygeleitete Monitoring-Strukturen, sowie einer starken Beteiligung von Menschen mit HIV und der durch sie geschaffenen Community-Strukturen innerhalb der multilateralen Gesundheitspolitik einsetzen.
- Die Rolle von UNAIDS als zentrale multilaterale und menschenrechtsbasierte Institution der globalen HIV-Governance sollte aktiv verteidigt werden.

Zeitplan, Reformprozesse und politische Verantwortung

Hintergrund

- Die politische Erklärung des UNHLM bleibt ein zentrales Instrument der globalen Interessenvertretung und Rechenschaftspflicht: Rückschritte bei Sprache, formulierten Zielen oder Beteiligung hätten direkte Auswirkungen auf Finanzierung, Programme, die weitere Kontrolle und Eindämmung der HIV-Epidemie und die Durchsetzung des Menschenrechts auf Gesundheit.
- Gleichzeitig befindet sich UNAIDS in einem umfassenden Transformations- und Reformprozess, dessen Ausgang zum jetzigen Zeitpunkt offen ist.
- Von besonderer Bedeutung ist ein klarer und verlässlicher Zeitplan, sowohl für das UNHLM als auch für die Verabschiedung der neuen Global AIDS-Strategie 2026–2031 und die durch den UN80 Reformprozess vorgeschlagenen Entscheidungen zur Zukunft von UNAIDS.
- Besonders wichtig ist, dass dem finalen UNAIDS-Transformationsplan nicht vorgegriffen wird. Die entsprechenden Prozesse laufen weiterhin und sollen in einem geordneten und inklusiven Verfahren unter Beteiligung verschiedener Akteure abgeschlossen werden.
- Entscheidungen in Bezug auf UNAIDS und einzuhaltende Zeitpläne treffen die im Verwaltungsrat von UNAIDS repräsentierten Länder in den dazu vorgesehenen, durch den Verwaltungsrat anberaumten Sitzungen.
- Ein Zwischenbericht der PCB Working Group soll im Juni diskutiert werden, bevor ein finaler Transformationsplan bis Oktober im PCB beraten und anschließend dem ECOSOC zur Entscheidung im November vorgelegt wird.

Forderungen:

- Deutschland sollte sich für einen transparenten, kongruenten, inklusiven und geordneten Prozess einsetzen. Die Entscheidungen des Programmkoordinationsgremiums von UNAIDS in Bezug auf im UN80 vorgeschlagenen Reformprozesse müssen eingehalten werden.
- Widersprüche der aus den unterschiedlichen Prozessen entstandenen Vorschlägen in Bezug auf einzuhaltende Zeitpläne und Entscheidungen sollten aufgehoben werden.

- Entscheidungen sollten durchdacht werden und brauchen Zeit. Die Erfolge der globalen HIV-Arbeit, zu der UNAIDS einen wesentlichen Beitrag leistete, dürfen nicht durch das Argument des „Zeitdrucks“ vernichtet werden: Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass es eine Transformation von UNAIDS nur dann geben darf, wenn klare Vorstellungen darüber herrschen, wie die einzelnen Bestandteile der Arbeit weitergeführt werden können
- Entscheidungen in Bezug auf UNAIDS und Zeitpläne treffen die im Verwaltungsrat von UNAIDS repräsentierten Länder.
- Laufende Reform- und Transformationsdebatten dürfen die politische Dynamik des UNHLM oder die Verabschiedung der Globalen AIDS-Strategie nicht schwächen oder verzögern.
- Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die Verhandlungen zur neuen Globalen AIDS-Strategie sowie die Reformprozesse unter breiter Beteiligung von Mitgliedstaaten, Communitys und Zivilgesellschaft stattfinden.

Mai 2026

Kontakt: info@aktionsbuendnis-aids.de